

Trump begnadigt Mexiko Seite 10

Wofür die Schweizerinnen kämpfen Seite 11

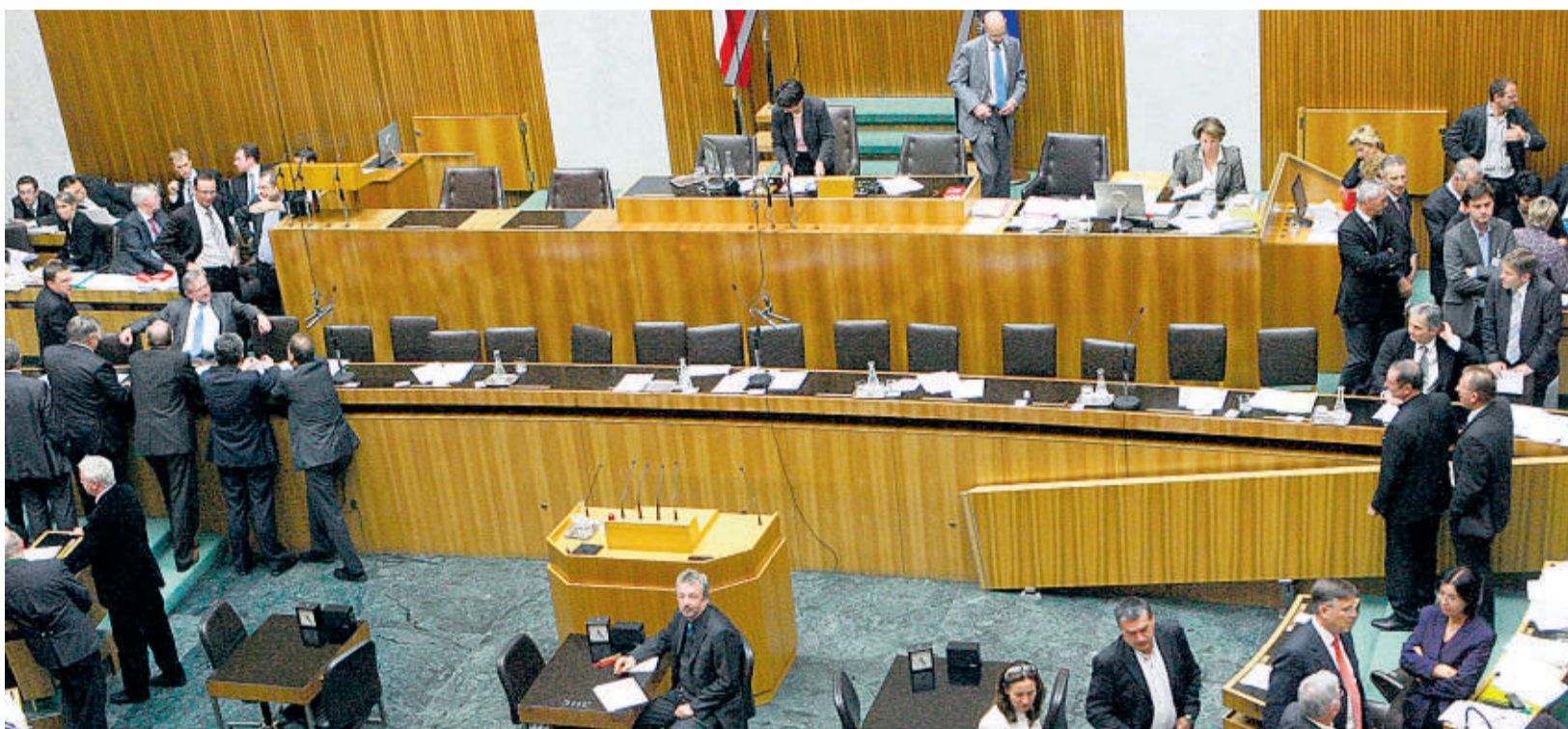
Es geht um
Ihre Einstellung.
derStandard.at/Karriere

derStandard.at/Wirtschaft

Sind Wahlzuckerln wirklich so schlecht?

Vor der Nationalratssitzung am Mittwoch warnt eine interessante Allianz aus führenden Ökonomen und Interessenvertretern die Parteien davor, kostspielige Gesetze zu beschließen. Was wäre falsch daran?

András Szigetvari



24. September 2008: Abgeordnete besprechen sich in der berichtigten Plenarsitzung mit ihren Parteichefs Wilhelm Molterer (ÖVP) und Werner Faymann (SPÖ).

Sollen im Parlament in einem freien Spiel der Kräfte kurz vor den Wahlen Gesetze beschlossen werden, die viel Geld kosten, oder ist das unverantwortliche Politik? Rund um diese Frage ist in Österreich eine interessante Debatte ausgebrochen. Zahlreiche Verbände und Ökonomen haben sich in die Diskussion eingeschaltet und warnen vor einem Geldregen zugunsten der Bürger.

Das Thema ist aktuell. Am Mittwoch und Donnerstag tritt der Nationalrat zusammen, und nach dem Ende der türkis-blauen Koalition gibt es Spielraum für neue Allianzen. SPÖ und FPÖ könnten ebenso gemeinsam Gesetze beschließen wie ÖVP und SPÖ.

Was spricht dagegen, neue Initiativen auf den Weg zu bringen? Dank guter Konjunktur und kalter Progression, also der schleichen den Steuererhöhungen der vergangenen Jahre, ist die Budgetlage vorteilhaft. ÖVP und FPÖ wollten erst vor kurzem eine milliarden-schwere Steuersenkung auf den Weg bringen. Allein in den kommenden zwei Jahren sollten Steuern und Abgaben um mehr als drei Milliarden Euro gesenkt werden. Der Plan liegt auf Eis. Laut Wirtschaftsforschern wäre sich das Ganze budgetär gut ausgegangen.

Im Vorfeld der Nationalratssitzung haben Unternehmer, Großgrundbesitzer und Vermögende vergangene Woche dennoch dazu aufgerufen, sich zurückzuhalten. Die Gruppe forderte via Petition alle Parteien dazu auf, keine Beschlüsse zu fällen, die „mit Mehrausgaben verbunden sind und die allein der Wahltaktik geschuldet sind“. Nach der Wahl müssten die Österreicher für solche Wahlzuckerln selbst bezahlen, entweder via Steuererhöhungen oder in Form neuer Sparpakete.

Unterschieden haben den Aufruf Wirtschaftskammerpräsident Harald Mahrer und Georg Kapsch, der Präsident der Industriellenvereinigung. Mit dabei war weiter Felix Montecuccoli, Präsident der Land & Forst Betriebe, Cattina Leitner, Präsidentin des Verbandes der Privatstiftungen, und Martin Prunbauer, Präsident des Haus- und Grundbesitzerbundes.

Von Arbeitnehmerseite kam keine Unterstützung. Interessant ist, dass mit Christoph Badelt, dem Leiter des Wirtschaftsforschungsinstituts Wifo, und Martin Kocher, dem Chef des IHS, zwei der prominentesten Ökonomen des Landes unterzeichneten. Dabei haben Wifo und IHS Anfang Mai noch gesagt, Geld für eine

Steuerreform wäre genug da. Gilt das jetzt nicht mehr? Badelt wie Kocher meinen, dass sie nicht so sehr aus Sorge ums Budget unterschrieben hätten. Aber jetzt teure Beschlüsse zu fällen nehme jeder künftigen Regierung die Spielräume zum Gestalten weg. Zudem gehören alle Maßnahmen, damit sie nicht nur Wahlzuckerln sind, in ein langfristiges Konzept eingebettet. Und dieses könne nur eine neue Regierung ausarbeiten.

Regress-Aus kommt teuer

Einwand: Per se könnten ja auch Parlamentarier einen umfassenden Plan erarbeiten. Kocher bringt es schließlich so auf den Punkt: Letztlich gehe es darum, dass im Nationalrat keine schlechten Gesetze beschlossen werden sollen, also Regelungen, bei denen nicht alle Auswirkungen mitbedacht werden. In Wahlkampfzeiten sei das Risiko höher.

Dafür gibt es in der Tat Belege aus der Vergangenheit. Im Juni 2017 wurde ebenfalls kurz vor einer Wahl im Parlament das Ende des Pflegeregresses beschlossen. Alle Parteien außer den Neos stimmten zu. Die Länder dürfen seither nicht mehr auf das Vermögen von Personen zugreifen, die in stationären Pflegeeinrichtungen

untergebracht sind. Auch Erben sind damit geschützt.

Diese Entscheidung schuf neue Probleme: Ohne Regress fehlte den Ländern Geld zur Pflegefinanzierung. Bund und Länder mussten nach den Wahlen wochenlang verhandeln, um eine Lösung zu finden – die Länder bekamen schließlich zusätzliche Mittel.

Berichtigt für teure Beschlüsse ist vor allem eine Parlaments-sitzung vom 24. September 2008. Die dort gefällten Beschlüsse kosten laut Fiskalrat das Budget jährlich 4,3 Milliarden Euro. In jener langen Nacht 2008 wurden Pensionen erhöht und die Hacklerregelung, also die Ausweitung einer großzügigen Frührentenregelung, beschlossen. Später sprachen ÖVP wie SPÖ von einem Fehler, weil mit der Hacklerregelung die Finanzierung des Pensionensystems in Schieflage geriet. Andere Beschlüsse von damals würde dagegen wohl heute niemand zurücknehmen. Etwa die Senkung der Mehrwertsteuer für Medikamente auf zehn Prozent.

Die Maßnahmen von 2008 erwiesen sich später als nicht ganz falsch, weil die Mehrausgaben ein erstes Konjunkturpaket waren. 2009 brach die Wirtschaftskrise voll los. Abgeordnete, die 2008 da-

bei waren, weisen auf diesen Umstand gern hin. Freilich war das Zufall, wie nötig Konjunkturpakete werden sollten, wusste im September 2008 noch niemand.

Die Verteidiger eines freien Spiels der Kräfte weisen schließlich darauf hin, dass in der Zeit des Interregnums 2008 ein enorm wichtiger Beschluss für Österreichs Stabilität gefallen ist: Damals beschloss das Parlament das Bankenrettungspaket. Der Regierung wurden bis zu 100 Milliarden Euro zur Stützung der Finanzinstitute zugesagt. Freilich basierte das Gesetz auf einem Vorschlag des Finanzministeriums.

Übrigens heißt es auf Nachfrage auch bei der Arbeiterkammer (AK), dass man ebenfalls dagegen sei, jetzt im Parlament teure Maßnahmen zu beschließen. Damit gefährde man jene Projekte, für die es langfristig mehr Geld brauche, sagt der AK-Ökonom Markus Marterbauer. Als Beispiel nennt er etwa Investitionen für den Klimaschutz. Wenn sich da die Sozialpartner einig sind, warum hat die AK dann die Petition an die Parteien nicht unterschrieben? Man sei nicht gefragt worden, so Marterbauer. Bei der Wirtschaftskammer heißt es, dass es sehr wohl Gespräche mit der AK gab.

KURZ GEMELDET

G20 peilt globale Mindestbesteuerung an

Fukuoka – Die G20-Mächte bekundeten bei ihrem Treffen in Japan ihren Willen zu einer globalen Steuerreform unter Berücksichtigung internationaler Internetkonzerne. „Wir werden unsere Bemühungen für eine konsensbasierte Lösung verdoppeln“, bekräftigten die Finanzminister und Notenbankchefs in der Abschlusserklärung. Eine Übereinkunft bezüglich einer globalen Digitalsteuer wird bis Ende 2020 angepeilt. Ziel ist eine Steuerpolitik, nach der Internetkonzerne auf Grundlage ihrer Umsätze in den jeweiligen Ländern besteuert würden. Uneins ist man über ihre Beschaffenheit. (APA)

Renault und Fiat sprechen wieder über Fusion

Paris – Die Autobauer Fiat Chrysler und Renault denken über einen neuen Anlauf für ihren milliarden-schweren Zusammenschluss nach. Die Chefs der Pkw-Hersteller hätten darüber gesprochen, wie sie die jüngst gescheiterten Fusionspläne wiederbeleben könnten, sagten Insider. Ein Knackpunkt ist die Rolle des Renault-Partners Nissan. Renault könnte seinen Anteil von rund 43 Prozent an dem japanischen Partner deutlich verringern, um im Gegenzug dessen Zustimmung zur Fusion mit Fiat Chrysler zu erhalten. Renault und Fiat lehnten einen Kommentar ab. (Reuters)

Steuereinnahmen des Bundes sprudeln weiter

Wien – Trotz nachlassender Konjunktur stiegen die Einnahmen des Staates in den ersten vier Monaten des Jahres kräftig. Die Lohnsteuereinnahmen wuchsen laut Agenda Austria nach dem Rekordjahr 2018 um 5,3 Prozent. Insgesamt stiegen die Bundesabgaben zwischen Jänner und April um 1,9 Prozent auf 26,8 Milliarden Euro. Dies, obwohl der Finanzminister um 17,5 Prozent weniger Kapitalertragsteuer und um 10,4 Prozent weniger an Mineralölsteuer kassieren konnte. Die Körperschaftsteuereinnahmen wuchsen um 4,1 Prozent, jene aus der Umsatzsteuer um 1,2 Prozent. (APA)

Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria)
KOA 1.012/19-020

Beschränkte Ausschreibung einer Übertragungskapazität gemäß § 13 Abs. 1 Z 3 Privatradiogesetz

Die KommAustria schreibt gemäß § 13 Abs. 1 Z 3 in Verbindung mit § 13 Abs. 2 und 3 des Privatradiogesetzes (PrR-G), BGBl. I Nr. 20/2001 idF BGBl. I Nr. 86/2015, folgende Übertragungskapazität aus:

Waidhofen YB 6 (Eben) 105,8 MHz

Gemäß § 13 Abs. 3 PrR-G ist diese Ausschreibung auf bestehende Hörfunkveranstalter beschränkt.

Anträge auf Zuordnung dieser Übertragungskapazität zu einem bestehenden Versorgungsgebiet sind mit einem Vermerk der Geschäftszahl und der Bezeichnung der beantragten Übertragungskapazität zu versehen und haben **bis spätestens 19. August 2019, 13 Uhr**, bei der KommAustria einzulangen.

Die kennzeichnenden Merkmale der Funkanlage sowie ein allgemeines Merkblatt sind auf der Website <https://www.rtr.at> zum Download verfügbar bzw. werden auf Anforderung zugesandt.

Wien, am 3. Juni 2019
Mag. Michael Ogris
(Vorsitzender)

Kommunikationsbehörde Austria

Firma Hartmann kauft:

- Hochwertige Pelzbekleidung
- Markentaschen von Hermes, Louis Vuitton, Dior, Chanel
- Kleinkunst, Bilder
- Porzellan, Bleikristall, Silberbesteck
- Gold- und Silberschmuck sowie Markenschmuck
- mechanische Armband- und Taschenuhren
- Münzen, auch ganze Münzsammlungen

Kontakt:
Ronny-Hartmann.at oder **telefonisch: 0650/584 92 33**
Serious Abwicklung
Abholung vor Ort
Barzahlung.